

Saarbrücken, 07. September 2011

202/as/

Arbeitsplätze im Saarland sichern: SPD initiiert gemeinsamen Antrag aller Fraktionen

Auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion hat sich der Gesundheitsausschuss heute erneut mit den Folgen von Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) und Herstellerzwangsrabatten für Medikamente auf die saarländische Wirtschaft beschäftigt.

„Wir begrüßen es sehr, dass alle Fraktionen im Gesundheitsausschuss den von der SPD initiierten Antrag unterstützen, der Bundes- und Landesregierung zur Änderung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen auffordert. Hier muss schnell gehandelt werden, um weitere negative Folgen für die Saar-Wirtschaft zu vermeiden“, erklärt **Volker Schmidt**, gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Durch das seit Beginn dieses Jahres geltende Gesetz würden Arzneimittelimporteure doppelt „abgestraft“: Ihre Medikamente kämen nur noch dann zum Verkauf, wenn sie nach einer Preisreduktion des Originalpräparates um 16 Prozent durch den Herstellerzwangsrabatt nochmals um mindestens 15 Euro bzw. 15 Prozent günstiger seien.

Anke Rehlinger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, erläutert die Auswirkungen für die saarländischen Wirtschaft: „Durch diese Regelung liegen die Verkaufspreise in Deutschland oftmals unter den Einkaufspreisen der Importeure im Ausland. Die Folge ist bereits jetzt der Abbau von rund 300 Arbeitsplätzen beim Arzneimittelimporteur Kohlpharma. Wenn wir hier keine Änderung erreichen, sind weitere Arbeitsplätze in Gefahr; das wollen wir mit unserer Initiative unbedingt verhindern.“

Zudem sei den Apothekern das Wahlrecht genommen worden, anstatt rabattierten, patentgeschützten Bezugsarzneimitteln auch die günstigeren, importierten Arzneimittel auszugeben.

Neben den direkten Folgen für die Unternehmen werde insbesondere die Rolle der Arzneimittelimporteure als langfristige Kostendämpfer im Gesundheitswesen dadurch konterkariert. Dank den günstigeren Importarzneien sparten die gesetzlichen Krankenkassen inzwischen jährlich ca. 1,25 Mrd. Euro direkt und indirekt ein.

Rehlinger und **Schmidt**: „Vor diesem Hintergrund freuen wir uns, dass im nächsten Plenum der von der SPD-Landtagsfraktion initiierte Antrag fraktionsübergreifend befürwortet wird, der Bundes- und Landesregierung zum entschiedenen Handeln auffordert.“